

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 82 (2004)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Sparhysterie ohne Konzept und Controlling  
**Autor:** Kiener Nellen, Margret  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-341834>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Sparhysterie ohne Konzept und Controlling

Wo wird eigentlich real mit dem Überprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) für den Staatshaushalt gespart? Wo wird gleichviel oder mehr ausgegeben? Und wo werden Ausgaben zwischen

---

**Margret Kiener Nellen**

---

Bund, Kantonen und Gemeinden lediglich hin und her geschoben? Nichts Unmöglicheres, als eine Gesamtschau der Sparvorhaben auf den drei politischen Ebenen vorzunehmen.

Die neoliberale Politik produziert seit anfangs der 90er-Jahre zwar Sparpaket um Sparpaket, meist ausgabenseitig. Und doch gibt es keine eigentliche Zusammenstellung der bisher getroffenen Sparmassnahmen. Sowohl methodisch als auch vom Zeitaufwand her wäre dies fast unmöglich, antworten die angefragten Fachstellen: weder die eidgenössische Finanzverwaltung, die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK), der Schweizerische Gemeindeverband noch der Städteverband verfügen über aggregierte Daten. Auch universitäre Institute von USG, IDHEAP oder KOF/ETH müssen passen.

Diese Lücke hat *economiesuisse*, der Verband der Schweizer Unternehmen und stärkste Lobby der Wirtschaft, erkannt. Als «Primeur» bezeichnet sie ihr «Monitoring Ausgabenkonzept», mit dem sie «erstmalig für die Schweiz eine konsolidierte Sicht

sämtlicher öffentlicher Ausgaben nach Aufgabenbereichen und Staatsebenen präsentiert».<sup>1</sup> Mit ihren Darstellungen liefert sie das finanzpolitische Programm für die Rechte gleich mit: Steuersenkungen und Staatsabbau.

Höchste Zeit ist es darum, dass sich auch wissenschaftliche Stellen der Gesamtschau der Entwicklung der öffentlichen Haushalte widmen und eine Datenbank mit aggregierten Daten aller drei föderalistischen Ebenen führen, die verifiziert werden kann und wissenschaftlichen Kriterien standhält. Die De-facto-Auslagerung an *economiesuisse* darf diesen staatspolitisch wichtigen Bereich nicht monopolistisch besetzt lassen.

Fakt ist, eine «*Finanzpolitik à la Schnipp-Schnapp*» wird im Bund sowie in den meisten Kantonen durchgezogen nach folgendem Muster:

1. *Schnipp*: Steuern runterfahren durch Entlastung der Privilegierten (Haus-eigentümerInnen, AktionärInnen, Kapitalgesellschaften).
2. *Schnapp*: Die sinkenden Einnahmen verursachen Defizite und/oder Verschuldung. Dagegen wird mit Sparpaketen eingeschnappt.

Jüngstes Beispiel: Bundesrat Merz zu den Mindereinnahmen von 165 Millionen Franken aus der Hauruckaktion «Kalte Progression»: «Dieser Fehlbetrag ist in der

<sup>1</sup> Vgl. *dossierpolitik*, 1. März 2004; *ausgabenkonzept*, Juni 2002.

| Gemeinwesen  | Massnahme  | Stand der Behandlung  | Zeitliche Umsetzung            | Grössenordnung der Haushaltverbesserung pro Jahr  |
|--------------|--|---|--------------------------------|---|
| Bund         | Entlastungsprogramm 03   | Wurde in der Dezember-session 03 der eidg. Räte fertig behandelt        | Ab 2004–2006                   | 3–3,5 Mia. Franken  |
|              | Entlastungsprogramm 04   | In Erarbeitung  | Ab 2006/07                     | 2,5 Mia. Franken  |
| Zürich       | Sanierungsprogramm 04  | Behandlung im Gange; teilweise genehmigt                                | Ab 2004                        | 343 Mio. Franken  |
| Bern         | Strategische Aufgabenüberprüfung SAR   | Äusserst umstritten/ Umsetzung einzelner Bereiche fraglich              | Ab 2003–2006                   | 421 Mio. Franken  |
| Luzern       | Sanierungsmassnahmen   | In Erarbeitung  | 2005                           | 95 Mio. Franken   |
| Uri          | Sparmassnahmen   | In Erarbeitung  | 2005                           | Noch offen  |
| Schwyz       | Massnahmenplan zur Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichts  | In Erarbeitung  | 2005/06                        | Noch offen  |
| Obwalden     | Generelles Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) für den Staatshaushalt  | In Erarbeitung  | 2005                           | 12 Mio. Franken   |
| Nidwalden    | Der Regierungsrat wird sich anlässlich der Klausursitzung im Nov. 2003 über die Möglichkeiten eines kantonalen Entlastungsprogramms entscheiden. | In Erarbeitung  | 2005                           | offen   |
| Glarus       | Sparmassnahmenpaket 04   | Beim Parlament  | 2004                           | 20–25 Mio. Franken  |
| Zug          | Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA)   | In der Vernehmlassung   | Mit NFA                        | Die Hälfte der Auswirkungen des NFA sollen durch die Gemeinden mitgetragen werden (60 Mio. Franken) |
| Fribourg     | Sparmassnahmen   | In Erarbeitung  | 2005                           | Noch offen  |
| Solothurn    | Projekt SO+  | Im Parlament beschlossen  | Ab 2001 in Umsetzung, bis 2008 | 96 Mio. Franken   |
| Basel-Stadt  | Massnahmenpaket zur Reduktion der Aufgaben und Leistungen  | Einzelmassnahmenweise im Parlament                                      | Ab 2003–2008                   | 100 Mio. Franken  |
| Basel-Land   | Generelle Aufgabenüberprüfung  | In Vorbereitung   | 2005–2007                      | 200 Mio. Franken  |
| Schaffhausen | Projekt «Entlastung des Staatshaushaltes 2»  | In Vorbereitung   | 2005/2006                      | 30 Mio. Franken   |
| St. Gallen   | Massnahmenpaket 2004   | Zum Teil bereits beschlossen, zum Teil im Parlament                     | 2004/2005                      | 68 Mio. Franken   |
| Graubünden   | Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts  | Im Parlament beschlossen  | 2004–2007                      | 64–106 Mio. Franken   |
| Aargau       | Entlastungsmassnahmen  | Im Parlament teilweise genehmigt  | 2006                           | 787 Mio. Franken (kumuliert)  |
| Ticino       | Sparpaket  | Behandlung im Gange   | 2004                           | Bis 100 Mio. Franken  |
| Vaud         | Sparpaket  | Zum Teil im Budget 2004 enthalten, zum Teil separate Gesetzesänderungen | 2004ff.                        | 110 Mio. Franken  |
| Neuchâtel    | Budgetsparmassnahmen   | Behandlung bevorstehend   | 2003–2005                      | 80 Mio. Franken   |
| Genève       | Sparpaket  | In Vorbereitung   | 2005/2006                      | Noch nicht definiert  |
| Jura         | Sparpaket  | In Vorbereitung   | 2005–2008                      | Noch nicht definiert  |

laufenden Legislaturplanung nicht vorgesehen und es braucht dafür ein spezielles Entlastungsprogramm».<sup>2</sup>

## Hauptsache: Die Motorsäge läuft!

Allein eine Übersicht über die derzeit laufenden Sparprogramme von Bund und Kantonen ist Seiten füllend (siehe S. 24).<sup>3</sup>

## Sparmassnahmen auf Bundesebene

Bei den «Sanierungsmassnahmen 1992 für den Bundeshaushalt» wurde die Wirkungsbilanz für die Kantone insgesamt sowie für die einzelnen Kantone noch recht sorgfältig erhoben.

Bei den «Sanierungsmassnahmen 1993 für den Bundeshaushalt» war die Überwälzungswirkung auf die Kantone schon diffuser. Trotz der deklarierten Zielsetzung, eine Lastenüberwälzung auf die unteren Staatsebenen nach Möglichkeit zu vermeiden, kam die Botschaft vom 4.10.1993 zu folgendem Schluss:

«Eine detaillierte Quantifizierung der Auswirkungen des Sanierungsprogramms 1993 des Bundes auf die einzelnen Kantone wäre diesmal wegen zahlreicher Unbekannter äusserst problematisch. So kann die Frage, inwieweit sich die Kantone in einzelnen Kürzungsbereichen ebenfalls von der Subventionierung befreien können, erst durch noch anstehende politische Entscheide in den Kantonen selbst beantwortet werden. Während beim letztjährigen Sanierungsprogramm die Auswirkungen auf die einzelnen Kantons Haushalte grösstenteils eindeutig bezifferbar waren, fehlt diesmal dieser «sichere» Sockel. Wegen der Unmöglichkeit, die kantonsweisen Auswirkungen zuver-

lässig abzuschätzen, musste denn auch auf die Erstellung einer entsprechenden Tabelle verzichtet werden.»<sup>4</sup>

Die «Sanierungsmassnahmen 1994 für den Bundeshaushalt» bezifferten die Auswirkungen auf die einzelnen Kantone detailliert. Gesamthaft wurden die Kantone mit 120 Mio. Franken mehrbelastet (270 Mio. Belastungen – 150 Mio. Entlastungen).<sup>5</sup>

Das «Stabilisierungsprogramm 1998» als Folge des Runden Tisches belastete die Kantone vor allem mit dem so genannten Sparbeitrag, der 2001 500 Millionen erreichte. Betroffen waren der öffentliche Verkehr, die Berufsbildung, die Stipendien, der Straf- und Massnahmenvollzug sowie vor allem die Kantonsbeiträge an die AHV.

Andererseits bewirkte die Erstreckung der Rentenanpassung bei der AHV und IV eine einmalige Reduktion der kantonalen Beiträge an diese Sozialwerke im Umfang von 45 Millionen im Jahre 2001. Zu Mehreinnahmen von 180 Millionen Franken pro Jahr ab 2001 bei den Kantons- und Gemeindesteuern sollte die Schliessung einzelner Steuerlücken führen.

In der Gesamtbilanz betrug die Mehrbelastung der Kantone 291 Mio. (510 Belastung – 219 Entlastung bzw. Mehreinnahmen bei den Steuern, u.a. durch Begrenzung des Schuldzinsabzugs).

Das «Entlastungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt» (EP 03) «[...] dämpft das Wirtschaftswachstum in den drei Jahren 2004–2006 um jeweils 0,1 Prozentpunkte. Entsprechend fällt das reale Bruttoinlandprodukt im letzten Jahr des Entlastungsprogramms 2003 (2006) 0,3 Prozent geringer aus als im Referenzze-

**Das EP 03**

**dämpft das**

**Wirtschafts-**

**wachstum**

**laut Botschaft**

**bis 2006**

**um 0,3 %.**

<sup>2</sup> SonntagsBlick, 14.3.2004, S. 28.

<sup>3</sup> Quelle: Kurt Stalder, FDK, Februar 2004.

<sup>4</sup> Botschaft vom 4.10.1993 zu den Sanierungsmassnahmen 1993 für den Bundeshaushalt, S. 5.

<sup>5</sup> Vgl. Botschaft vom 19.10.1994 zu den Sanierungsmassnahmen 1994 für den Bundeshaushalt, Tabelle S. 124.

nario. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt 2004–2006 um bis zu 8000 Personen.<sup>6</sup>

Das EP 03 wirkt somit prozyklisch verschärfend auf die flauere Konjunktur in der Schweiz und drückt das BIP-Wachstum bereits 2004 um minus 0,1 Prozentpunkte (z.B. 1,3 statt 1,4).

«Während die Kantone beim Stabilisierungsprogramm 1998 einen substanziellen Sparbeitrag zu leisten hatten, gilt für das Entlastungsprogramm 2003 der Grundsatz, dass auf reine Lastenabwälzungen so weit wie möglich verzichtet wird. Es ist allerdings nicht zu vermeiden, auch Massnahmen zu ergreifen, von denen die Kantone direkt oder indirekt betroffen sind.»<sup>7</sup> Über genaue Wirkungen auf die Kantone und Gemeinden schweigt sich die Botschaft aus. Hingegen liefert sie eine ziemlich ehrliche Selbstkritik:

«Ein Entlastungsprogramm ist für eigentliche Systemkorrekturen, beispielsweise im Sozialversicherungsbereich, wenig geeignet. Infolge des notgedrungen sehr engen Zeitplans und der Tatsache, dass praktisch jeder Aufgabenbereich betroffen ist, müssen sich die Sparvorschläge auf relativ einfache, finanziell nach Möglichkeit gewichtige Korrekturen beschränken. Tief greifende Politik- bzw. Aufgabenreformen bedürfen einer langen Vorbereitungszeit sowie einer breiten und zugleich in die Tiefe gehenden politischen Diskussion. Daher wird auf solche Reformen im Rahmen der hier vorgelegten Entlastungsmassnahmen verzichtet.»<sup>8</sup>

### **Die Gemeinden oder: Die Letzten beissen die Hunde**

Mit geharnischten Stellungnahmen reagierten sowohl der Schweizerische Städteverband als auch der Schweizerische Gemeindeverband auf das EP 03. Mit einer

Frist von 16 Tagen wurden sie im Juni 2003 zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert.

Sie rügen den zum Teil geringen Detaillierungsgrad der Sparmassnahmen und vermissen in der obigen Botschaft eine Abschätzung der Auswirkungen der Sparmassnahmen auf die Gemeinden. Sie bezweifeln die offizielle Bundesmeinung, wonach das Entlastungsprogramm praktisch keine Auswirkungen auf die nachfolgenden Stufen haben wird. Vielmehr rechnen sie damit, dass die Kantone mindestens einen Teil der 212 Millionen Franken, bei denen sie die Wahlfreiheit haben, wie sie den Ausfall der Bundesmittel kompensieren wollen, auf die Gemeinden abwälzen werden.

Unter diese Gruppe fallen die Massnahmen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz, Stipendien, Universitäten, Fachhochschulen Jugend und Sport, Bevölkerungsschutz, amtliche Vermessung, Ortsbilderschutz, Niveauübergänge, Lawnengalerien sowie Energie. Zahlreiche dieser Bereiche werden in den Kommunen vollzogen. Es ist angesichts der Finanzlage der meisten Kantone klar, dass in diesen Bereichen vor allem die Gemeinden und Städte zur Kasse gebeten werden. Die konkreten Auswirkungen dieser Sparmassnahmen für Gemeinden und Städte wurden entgegen dem klaren Wortlaut von Art. 50 Abs. 2 und 3 BV nicht näher in den Vernehmlassungsunterlagen ausgeführt. Bedenklich scheint ihnen auch die via Entlastungsprogramm vorgenommenen, verschiedenen Gesetzesrevisionen wie z.B. im Asylbereich (Entzug der Sozialhilfe des Asylbereichs). Da wird ein einschneidender Systemwechsel im Asylrecht vorgenom-

<sup>6</sup> Botschaft vom 2.7.03 zum Entlastungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt, S. 5634.

<sup>7</sup> Botschaft vom 2.7.03 zum Entlastungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt, S. 5629.

<sup>8</sup> Botschaft vom 2.7.03 zum Entlastungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt, S. 5629.

**Die Auswirkungen  
der Sparmass-  
nahmen auf  
die Gemeinden  
werden in den  
Unterlagen nicht  
näher aufgeführt.**

men, eine Massnahme, die im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren kaum durchgesetzt werden könnte. Dieses Vorgehen ist politisch wie juristisch fragwürdig.

## Fazit

Landauf, landab jagen sich in eigentlicher Sparhysterie kurzfristig angelegte, meist konzeptlose und ohne Controlling geführte Massnahmenpakete. Sie

- schüren ein Klima der Verunsicherung, das weit über die öffentlichen Verwaltungen hinausgeht;
- werden nie nach den Kriterien der Nachhaltigkeit (gesellschaftlich, ökologisch, wirtschaftlich) überprüft;
- absorbieren Ressourcen und sollen von den echten Problemen der Schweiz ablenken (strukturelle Arbeitslosigkeit, Isolationismus, lähmende patriarchale Strukturen, zu wenig Wettbewerb in der Binnenwirtschaft, zu hohe Lebenskosten (Mietzinse und Krankenkassenprämien));
- werden missbraucht, um ideologisch ungeliebte öffentliche Aufgaben zu eliminieren (gravierendes Beispiel: der Kahlschlag bei der öffentlichen Wohnbauförderung);

- verhindern echte, materielle und strukturelle Reformen, welche die Schweiz dringend benötigt.

Gefragt ist jetzt ein klarer, konsequenter linker Gegenentwurf zur «Schweiz vom 10. Dezember», zum neoliberalen Primat der Finanzpolitik schlechthin. Dieser Gegenentwurf muss Lösungen bringen für die zentralen politischen Fragen, muss sie mehrheitsfähig machen und umsetzen. Sonst werden die älteren rechten Männer in ihrer patriarchalen Agonie das Land auf Jahre hinaus mit weiterer Sparhysterie prägen. Ohne Gesamtschau, ohne Planung, ohne Konzept und Controlling. Willkürlich. Mit Pusch- und Hauruckübungen. Und dabei echte Reformen, materielle wie strukturelle, auf der Seite lassen. Fernab der Präambel zur Bundesverfassung, wonach «*die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen*».

Margret Kiener Nellen ist SP-Nationalrätin, selbstständige Anwältin/lic. oec. HSG und Gemeindepräsidentin in Bolligen (BE).

**Gefragt ist jetzt  
ein konsequenter  
linker Gegen-  
entwurf zum  
neoliberalen  
Primat  
der Finanzpolitik.**